

# PRESSEMITTEILUNG



Mecklenburg-Vorpommern  
Ministerium für Klimaschutz,  
Landwirtschaft, ländliche  
Räume und Umwelt

## Backhaus warnt vor Halbierung der Agrarförderung: „Strukturbruch in Ostdeutschland verhindern“

LM

Schwerin, 23.06.2026  
Nummer 203/2026

Steigende Produktionskosten, sinkende Erzeugerpreise, zunehmende Auflagen und unsichere europäische Förderperspektiven setzen die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zunehmend unter Druck. Gleichzeitig sind leistungsfähige Betriebe unverzichtbar für die regionale Lebensmittelversorgung, den Klimaschutz und lebendige ländliche Räume. Wie sich Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit künftig besser miteinander verbinden lassen, stand heute im Mittelpunkt des „Dialogs am Hof“ auf der Trantower Agrar GmbH. Zu der Veranstaltung hatten das Ministerium für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern, der Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern und der Industrieverband Agrar (IVA) eingeladen.

Gemeinsam mit Landwirten, Verbänden, Wissenschaft und Politik diskutierten Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus, Bauernverbandspräsident Karsten Trunk, IVA-Hauptgeschäftsführer Frank Gemmer, Landwirt Carsten Stegelmann von der Trantower Agrar GmbH sowie Thomas Beil, Geschäftsführer der Greifswalder Agrarinitiative, über die Zukunft der heimischen Landwirtschaft.

Ein Schwerpunkt der Diskussion war die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Backhaus sprach sich für eine starke und verlässlich finanzierte GAP aus und kritisierte die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission: „Die GAP ist weit mehr als eine reine Agrarförderung. Sie ist das wichtigste europäische Instrument für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und muss verlässlich finanziert bleiben. Das aktuell vorgesehene Budget von rund 300 Milliarden Euro reicht dafür nicht aus und muss angehoben werden. Gleichzeitig brauchen unsere Betriebe endlich Planungssicherheit für die kommende Förderperiode. Mit großer Sorge sehen wir die geplanten Kappings- und Degressionsregelungen. In Mecklenburg-Vorpommern würden sich die Direktzahlungen von derzeit rund 314 Millionen Euro auf etwa 151 Millionen Euro mehr als halbieren – betroffen wären über 2.400 Betriebe. Deshalb ist für uns klar: Es darf keine Kappung und keine Degression geben. Diese würden insbesondere die historisch gewachsenen Betriebsstrukturen in den ostdeutschen Ländern massiv benachteiligen und die Entwicklung des ländlichen Raums gefährden.“

Der Minister begrüßte, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer in dieser Woche gemeinsam gegen

Ministerium für  
Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche  
Räume und Umwelt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Paulshöher Weg 1 | 19061 Schwerin

V.i.S.d.P. Eva Klaußner-Ziebarth  
e.klaussner-ziebarth@lm.mv-regierung.de  
www.lm.mv-regierung.de

Kappung und Degression ausgesprochen haben: „Ernährungssicherheit ist genauso systemrelevant wie Energie- oder Verteidigungspolitik. Europa darf seine Landwirtschaft nicht schwächen – schon gar nicht in diesen Zeiten. Unsere leistungsfähigen Agrarbetriebe sind kein Makel, sondern die Grundlage für Innovation, Beschäftigung, Umwelt- und Klimaschutz sowie eine sichere Versorgung mit Lebensmitteln.“

Mecklenburg-Vorpommern bewirtschaftet rund 1,34 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und gehört damit zu den bedeutendsten Agrarstandorten Deutschlands. Gleichzeitig stehen viele Betriebe wirtschaftlich unter erheblichem Druck. So stieg der Preis für Kalkammonsalpeter innerhalb eines Jahres von 300 auf 426 Euro je Tonne, während der Erzeugerpreis für Brotweizen im Vergleich zu 2023 von 225 auf 183 Euro je Tonne sank.

„Unsere Betriebe können steigende Produktionskosten nicht dauerhaft auffangen, wenn gleichzeitig die Erlöse sinken und immer neue Auflagen hinzukommen – etwa durch die ersatzlose Streichung von Wirkstoffen im Pflanzenschutz. Politik muss Zielkonflikte ehrlich benennen und Rahmenbedingungen schaffen, die wirtschaftliches Arbeiten ermöglichen und Umweltziele gleichermaßen erreichen.“

Wie diese Rahmenbedingungen konkret ausgestaltet werden können, wurde in der Diskussion ebenfalls deutlich: „Für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft mit ausreichend Werkzeugen zum Schutz der Kulturpflanzen braucht es klare politische Weichenstellungen: In der EU einen stärker risikobasierten Bewertungsansatz für die Genehmigung von innovativen Wirkstoffen, der auch den Nutzen von Pflanzenschutzmitteln berücksichtigt, und in Deutschland effizientere, verlässliche Zulassungsverfahren ohne Veto-Recht einzelner Behörden. Nur so sichern wir die Handlungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und die Ernährungssicherheit“, sagte IVA-Hauptgeschäftsführer Frank Gemmer.

Zum Abschluss betonte Backhaus, dass die großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte nur gemeinsam bewältigt werden können: „Die Zukunftsfrage lautet nicht Landwirtschaft oder Naturschutz. Die Zukunftsfrage lautet: Wie erzeugen wir auf weniger Fläche ausreichend Lebensmittel, sichern gleichzeitig Klimaschutz und Biodiversität und erhalten die wirtschaftliche Grundlage unserer Betriebe? Dafür brauchen wir Innovationen, moderne Technologien, faire Wettbewerbsbedingungen und eine Politik, die Leistung ermöglicht statt verhindert.“

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion informierten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei einer Technikvorführung auf dem Betrieb der Trantower Agrar GmbH über moderne Verfahren der Pflanzenproduktion und den Einsatz innovativer Landtechnik.